

\_\_\_\_\_  
(Kontoinhaber)

**Erteilung einer Einzugsermächtigung  
und eines SEPA-Basislastschrift-  
Mandats (Kombimandat)**

**Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Basislastschrift-Mandats  
(Kombimandat)**

Gläubiger-Identifikationsnummer **DE 12ZZZ00001977389**

Mandatsreferenz **Wird separat mitgeteilt**

zu Gunsten von

**Frese & Westmeier Steuerberater PartG mbB  
Everswinkeler Str. 13  
48231 Warendorf**

**A. SEPA-Lastschrift**

Ich/ Wir ermächtige(n) Frese & Westmeier Steuerberater PartG mbB, die beschriebenen Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise(n) ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von Frese & Westmeier Steuerberater PartG mbB auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/ wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belastenden Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Die Ermächtigung gilt für Zahlungen wegen

- laufendem Buchführungshonorar
- Lohnbuchhaltungshonorar
- Jahresabschlussarbeiten einschl. Steuererklärungen
- sonstiger in Auftrag gegebener Einzelleistungen
- sonstige Gründe: \_\_\_\_\_

Meine/unsere Bankverbindung lautet:

Kontonummer

Bankleitzahl

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

IBAN

BIC

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Kreditinstitut (Bank oder Postgiroamt) und Ort

\_\_\_\_\_

Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Institutes (s.o.) keine Verpflichtung zur Einlösung des Betrages.

Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basislastschrift wird mich/uns Frese & Westmeier Steuerberater PartG mbB über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift(en)

\_\_\_\_\_  
Vollmachtgeber/in<sup>1</sup> (bei Eheleuten von beiden auszufüllen und zu unterschreiben)

\_\_\_\_\_  
IdNr.<sup>2, 3</sup>

\_\_\_\_\_  
Geburtsdatum

## Vollmacht<sup>4</sup> zur Vertretung in Steuersachen

Frese & Westmeier Steuerberater PartG mbB, Everswinkeler Straße 13, 48231 Warendorf  
Bevollmächtigte/r<sup>5</sup> (Name/Kanzlei)

- in diesem Verfahren vertreten durch die nach bürgerlichem Recht und dem StBerG dazu befugten Personen -  
wird hiermit bevollmächtigt, den/die Vollmachtgeber/in in allen steuerlichen und sonstigen Angelegenheiten im Sinne des § 1 StBerG zu vertreten<sup>6</sup>.

Der/Die Bevollmächtigte ist berechtigt, Untervollmachten zu erteilen und zu widerrufen.

Diese Vollmacht gilt **nicht** für:

- |   |   |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Einkommensteuer  | <input type="checkbox"/> das Lohnsteuerermäßigungsverfahren                                   |
| <input type="checkbox"/> Umsatzsteuer   | <input type="checkbox"/> Investitionszulage   |
| <input type="checkbox"/> Gewerbesteuer  | <input type="checkbox"/> das Festsetzungsverfahren  |
| <input type="checkbox"/> Feststellungsverfahren nach § 180 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2 AO | <input type="checkbox"/> das Erhebungsverfahren (einschließlich des Vollstreckungsverfahrens) |
| <input type="checkbox"/> Körperschaftsteuer   | <input type="checkbox"/> die Vertretung im außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren          |
| <input type="checkbox"/> Lohnsteuer   | <input type="checkbox"/> die Vertretung im Verfahren der Finanzgerichtsbarkeit                |
| <input type="checkbox"/> Grundsteuer  | <input type="checkbox"/> die Vertretung im Straf- und Bußgeldverfahren (Steuer)               |
| <input type="checkbox"/> Grunderwerbsteuer  |   |
| <input type="checkbox"/> Erbschaft-/Schenkungssteuer                                      |   |
| <input type="checkbox"/> das Umsatzsteuervoranmeldungsverfahren                           |   |

### **Bekanntgabevollmacht<sup>7</sup>:**

- Die Vollmacht erstreckt sich auch auf die Entgegennahme von Steuerbescheiden und sonstigen Verwaltungsakten<sup>8</sup>.
- Die Vollmacht erstreckt sich auch auf die Entgegennahme von Mahnungen und Vollstreckungsankündigungen.

Die Vollmacht gilt grundsätzlich zeitlich unbefristet,

*aber*

nicht für Veranlagungszeiträume bzw. Veranlagungstichtag/e vor \_\_\_\_.

nur für den/die Veranlagungszeitraum/-zeiträume bzw. Veranlagungstichtag/e \_\_\_\_<sup>9</sup>.

Die Vollmacht gilt, solange ihr Widerruf den Verfahrensbeteiligten nicht angezeigt worden ist<sup>10</sup>.

Bisher erteilte Vollmachten erlöschen.<sup>11</sup>

*oder*

Nur dem/der o.a. Bevollmächtigten bisher erteilte Vollmachten erlöschen.

### **Vollmacht zum Abruf von bei der Finanzverwaltung gespeicherten steuerlichen Daten<sup>12</sup>:**

Die Vollmacht erstreckt sich im Ausmaß der Bevollmächtigung nach Zeilen 7 bis 15 und 21 bis 28 auch auf den elektronischen Datenabruf hinsichtlich der bei der Finanzverwaltung zum/zur oder für den/die Vollmachtgeber/in gespeicherten steuerlichen Daten, soweit die Finanzverwaltung den Weg hierfür eröffnet hat.

Diese Abrufbefugnis wird nicht erteilt.

Soweit im Fall einer **sachlichen oder zeitlichen Beschränkung der Bevollmächtigung**<sup>13</sup> die Abrufbefugnis aus technischen Gründen nicht beschränkbar ist, ist ein Datenabruf ausgeschlossen (soweit nicht nachfolgend die Abrufbefugnis ausgedehnt wird).

Ungeachtet der Beschränkung der Bevollmächtigung wird dem/der o.a. Bevollmächtigten eine unbeschränkte Abrufbefugnis erteilt.

Ich bin damit einverstanden, dass alle Daten dieser Vollmacht elektronisch in einer Vollmachtsdatenbank gespeichert und an die Finanzverwaltung übermittelt werden.

\_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift Vollmachtgeber/in<sup>14</sup>

- <sup>1</sup> Bei Ehegatten bzw. Lebenspartnern sind, auch im Fall der Zusammenveranlagung, zwei eigenständige Vollmachten zu erteilen.
- <sup>2</sup> Bei Körperschaften, Vermögensmassen und Personengesellschaften/-gemeinschaften sind bis zur Vergabe der W-IdNr. die derzeit gültigen Steuernummern im Beiblatt zur Vollmacht und in dem an die Finanzverwaltung zu übermittelnden Datensatz anzugeben (vgl. Fußnote 3). In der Vollmacht selbst kann in diesem Fall auf die Angabe einer Steuernummer an dieser Stelle verzichtet werden (Ausnahme: die Vollmacht soll der Finanzbehörde in Papier vorgelegt werden).
- <sup>3</sup> Die Steuernummern des/der Vollmachtgebers/in sind im Beiblatt zur Vollmacht und in der Vollmachtsdatenbank zu erfassen. In der Vollmacht selbst kann auf die Angabe einer Steuernummer an dieser Stelle verzichtet werden (Ausnahme: die Vollmacht soll der Finanzbehörde in Papier vorgelegt werden).
- <sup>4</sup> Diese Vollmacht regelt das Außenverhältnis zur Finanzbehörde und gilt im Auftragsverhältnis zwischen Bevollmächtigtem und Mandant, soweit nichts anderes bestimmt ist.
- <sup>5</sup> Person oder Gesellschaft, die nach § 3 StBerG zur Hilfeleistung in Steuersachen befugt ist.
- <sup>6</sup> Die Vollmacht umfasst insbesondere die Berechtigung
  - zur Abgabe und Entgegennahme von Erklärungen jeder Art,
  - zur Stellung von Anträgen in Haupt-, Neben- und Folgeverfahren,
  - zur Einlegung und Rücknahme außergerichtlicher Rechtsbehelfe jeder Art sowie zum Rechtsbehelfsverzicht,
  - zu außergerichtlichen Verhandlungen jeder Art.Die Berechtigung zur Entgegennahme von Steuerbescheiden und sonstigen Verwaltungsakten im Steuerschuldverhältnis ist in der Regel nur gegeben, soweit der/die Vollmachtgeber/in hierzu ausdrücklich bevollmächtigt hat (Hinweis auf § 122 Abs. 1 Satz 4 AO; vgl. Zeilen 16 bis 20).
- <sup>7</sup> Sachliche und/oder zeitliche Beschränkungen der Bevollmächtigung in Zeilen 15 und 21 bis 28 gelten auch bei der Bekanntgabevollmacht.
- <sup>8</sup> Gilt die Vertretungsvollmacht für die von der Gesellschaft/Gemeinschaft geschuldeten (Betriebs-)Steuern und wird das Feststellungsverfahren nicht in Zeile 15 abgewählt, wirkt die Vollmacht bei Ankreuzen der Zeile 17 zugleich als Bekanntgabevollmacht für die von der Gesellschaft/Gemeinschaft geschuldeten (Betriebs-) Steuern nach § 122 AO und als Empfangsvollmacht für das Feststellungsverfahren nach § 183 AO.
- <sup>9</sup> Soweit für einen künftigen Veranlagungszeitraum/-stichtag von der Verlängerung der Abgabefristen nach § 149 Abs. 3 AO profitiert werden soll, ist dies nur möglich, wenn erneut ein zur Hilfeleistung in Steuersachen Befugter (§§ 3 und 4 StBerG) mit Erstellung der Steuererklärung beauftragt (und ggf. bevollmächtigt) wird.
- <sup>10</sup> Ein Widerruf der erteilten Vollmacht wird der Finanzbehörde gegenüber erst wirksam, wenn er ihr zugeht (vgl. § 80 Abs. 1 Satz 3 AO).
- <sup>11</sup> Dies gilt auch für Vollmachten, die nicht nach amtlich bestimmtem Formular nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz über die amtlich bestimmten Schnittstellen elektronisch übermittelt worden sind. Bislang erteilte Bekanntgabevollmachten nach § 122 AO und Empfangsvollmachten nach § 183 AO erlöschen bei Anzeige einer neuen Bekanntgabe- oder Empfangsvollmacht in jedem Fall. Das Erlöschen von Datenabrufvollmachten, die nicht mittels einer Vollmachtsdatenbank der Kammer an das automationsgestützte Berechtigungsmanagement der Finanzverwaltung übermittelt worden sind, ist gesondert anzuzeigen.
- <sup>12</sup> Wegen der technisch bedingten Einschränkungen in Bezug auf die Abrufbefugnis bei sachlicher und/oder zeitlicher Beschränkung der Bevollmächtigung Hinweis auf die Zeilen 35 bis 39.
- <sup>13</sup> Ein Ausschluss der Bevollmächtigung in Zeile 15 für die Vertretung
  - im außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren,
  - in Verfahren der Finanzgerichtsbarkeit und
  - im Straf- und Bußgeldverfahren in Steuersachenist für den Umfang der Datenabrufbefugnis des/der Bevollmächtigten unerheblich. Eintragungen in Zeile 35 bis 39 sind in diesem Fall nicht erforderlich.
- <sup>14</sup> Bei Körperschaften, Vermögensmassen und Personengesellschaften/-gemeinschaften ist die Vollmacht vom gesetzlichen Vertreter zu unterschreiben. Bei Personengesellschaften und -gemeinschaften i. S. d. § 180 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. a AO muss die Vollmacht demselben Bevollmächtigten gleichzeitig von den zur Vertretung der Feststellungsbeteiligten berechtigten Personen für das Feststellungsverfahren und von den zur Vertretung der Gesellschaft/Gemeinschaft berechtigten Personen für die Festsetzung der von der Gesellschaft/Gemeinschaft geschuldeten (Betriebs-)Steuern erteilt und unterschrieben werden, sofern nicht in Zeile 15 das Feststellungsverfahren abgewählt wurde.

\_\_\_\_\_  
Vollmachtgeber/in

\_\_\_\_\_  
IdNr.

Frese & Westmeier Steuerberater PartG mbB  
Bevollmächtigte/r (Name/Kanzlei)

**Beiblatt**  
**zur Vollmacht zur Vertretung in Steuersachen**

Dem/Der Vollmachtgeber/in ist bekannt, dass im Verhältnis zur Finanzverwaltung die von ihm/ihr dem/der Bevollmächtigten nach amtlich vorgeschriebenem Vollmachtsmuster erteilte Vollmacht nur in dem Umfang Wirkung entfaltet, wie sie von dem/der Bevollmächtigten gegenüber der Finanzverwaltung angezeigt wird.

Die nach amtlich vorgeschriebenem Vollmachtsmuster erteilte Vollmacht wird gegenüber der Finanzverwaltung für die nachfolgend aufgeführten Steuernummern des/der o. g. Vollmachtgebers/in von dem/der o. g. Bevollmächtigten angezeigt und entfaltet nur insoweit im

Verhältnis zur Finanzverwaltung Wirkung. Sofern mit der nach amtlich vorgeschriebenem Vollmachtsmuster erteilten Vollmacht bisher erteilte Vollmachten widerrufen werden sollen, gilt der Widerruf nur für die nachfolgend aufgeführten Steuernummern.

Sollte der/die o. g. Vollmachtgeber/in steuerlich unter weiteren, jedoch hier nicht aufgeführten Steuernummern geführt werden, entfaltet die nach amtlich vorgeschriebenem Vollmachtsmuster erteilte Vollmacht für den/die o. g. Bevollmächtigten im Verhältnis zur Finanzverwaltung insoweit keine Wirkung.

Das Beiblatt ist bei erstmaliger Vollmachterteilung von dem/der Vollmachtgeber/in zu unterschreiben.

Bei späteren Änderungen und/oder Ergänzungen, die sich allein auf den Steuernummernumfang, aber nicht auf den Inhalt der nach amtlich vorgeschriebenem Vollmachtsmuster erteilten Vollmacht auswirken, muss kein neues Beiblatt unterzeichnet werden, wenn der/die o. g. Bevollmächtigte die mit dem/der o. g. Vollmachtgeber/in - ggf. konkludent - getroffene Vereinbarung zum Steuernummernumfang in geeigneter Weise dokumentiert. Die Änderung oder Ergänzung ist der Finanzverwaltung in einem entsprechenden Datensatz zu übermitteln.

Finanzamt

Steuernummer

Land

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift Vollmachtgeber/in

Steuerberatungsvertrag  
zwischen  
Frese & Westmeier Steuerberater PartG mbB  
Everswinkeler Str. 13, 48231 Warendorf  
(im Folgenden „Frese & Westmeier Steuerberater PartG mbB“ genannt)

und

Frau    Herrn    Eheleute

---

---

---

(im Folgenden „Mandant“ genannt)

### I. Auftrag

Der Mandant beauftragt Frese & Westmeier Steuerberater PartG mbB zu folgenden aufgeführten Tätigkeiten:

- Finanzbuchführung
- Bescheidprüfung
- Lohnbuchführung
- Veröffentlichung im Bundesanzeiger
- Sonstige Buchführung/Anlagenbuchführung
- Anträge und außergerichtliche Rechtsbehelfe
- Jahresabschluss nach handelsrechtlichen Vorschriften
- Vertretung i.R.v. Betriebs-/Außenprüfungen
- Allgemeine Beratung in steuerlichen Angelegenheiten
- Jahresabschluss nach steuerrechtlichen Vorschriften (E-Bilanz)
- Wirtschafts- und Rechtsberatung nach Einzelbeauftragung
- Gewinnermittlung (§ 4 Abs. 3 EStG)
- Steuererklärungen (betrieblich)
- Steuererklärungen (privat)
- .....

### II. Grundsätze der Zusammenarbeit (Rechte und Pflichten der Vertragsparteien)

Den uns erteilten Auftrag werden wir nach den Grundsätzen pflichtgemäßer Berufsausübung ausführen. Die gesetzliche Verschwiegenheit besteht selbstverständlich auch über das Ende des jeweiligen Auftrages hinaus fort.

Sie stellen uns sämtliche zur Erfüllung des Auftrages notwendigen Informationen und Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung und geben notwendige Erklärungen (z. B. Vollständigkeitserklärungen) rechtzeitig ab.

Soweit die Weitergabe an Dritte nicht gesetzlich zwingend oder zulässig ist, werden wir unsere Arbeitsergebnisse nur mit Ihrer Zustimmung weitergeben. Bereits mit dieser Auftragserteilung erklären Sie Ihre Einwilligung zur

- unverschlüsselte Kommunikation per E-Mail, einschließlich gegenüber berechtigten Dritten (bspw. Finanzamt oder Hausbank)
- Datenspeicherung
- Einbindung von EDV-Dienstleistern
- Elektronische Übertragung von Daten an das Finanzamt und andere gesetzlich berechnigte Institutionen
- Akteneinsicht im Rahmen externer Qualitätsprüfungen (Zertifizierung, z.B. TÜV)
- Informationsweitergabe an Ihre Hausbank(en)
- .....

### **III. Honorar**

Unser Honorar und der Auslagenersatz bestimmen sich nach der Steuerberatervergütungsverordnung (StBVV) und dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) einschließlich der Vereinbarung nach §§ 4 und 14 StBVV und § 3a RVG (Pauschalhonorarvereinbarung).

Auf das Honorar werden nach Beginn der Arbeiten Vorschüsse gem. § 8 StBVV gesondert angefordert soweit nicht bereits eine Vereinbarung über zu leistende Vorschüsse (bspw. monatlich) besteht.

Die Wirtschaftsberatung wird gemäß der in einer gesonderten Vereinbarung getroffenen Abrede honoriert.

Es wird darauf hingewiesen, dass schriftlich eine Vergütung vereinbart werden kann, die höher oder niedriger als die gesetzliche Vergütung ist.

Auf die Unterschrift unter der Gebührenrechnung wird ausdrücklich verzichtet.

### **IV. Vereinbarung der Haftungsbegrenzung**

Für Schäden aufgrund einer vertraglichen Pflichtverletzung, die wir oder einer unserer Erfüllungsgehilfen nicht nur leicht fahrlässig, aber auch nicht grob fahrlässig oder vorsätzlich verursacht haben, vereinbaren wir eine Beschränkung der Haftung der Kanzlei auf eine Maximalsumme von 1 Mio. Euro.

### **V. Vertragslaufzeit**

Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Die Kündigung bedarf der Schriftform.

### **VI. Sonstiges**

Die Allgemeinen Auftragsbedingungen von Frese & Westmeier Steuerberater PartG mbB vom Juli 2018 werden Bestandteil dieses Vertrages. Andere als vorstehende Vereinbarungen sind nicht getroffen worden. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf es einer schriftlichen Vereinbarung, die gesondert zu erstellen ist. Es wird bestätigt, dass mir eine Kopie des Vertrages ausgehändigt wurde.

(1) Die Vertragspartner werden die jeweils anwendbaren datenschutzrechtlichen Bestimmungen beachten und entsprechend Art. 32 Abs. 4 DSGVO Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass ihnen unterstellte Personen personenbezogene Daten nur auf Anweisung des Verantwortlichen verarbeiten.

(2) Verarbeitet und übermittelt der Auftraggeber personenbezogene Daten an den steuerlichen Berater, so steht er dafür ein, dass er dazu nach den anwendbaren, insb. datenschutzrechtlichen Bestimmungen berechtigt ist. Folgt die Berechtigung aus einer Einwilligung des Betroffenen, so stellt der Auftraggeber dem steuerlichen Berater den Nachweis der Einwilligung auf Verlangen unverzüglich zur Verfügung. Der Auftraggeber kann mit dem steuerlichen Berater Maßnahmen zur Datensicherung vereinbaren und es diesem ermöglichen, sich über die Einhaltung dieser Vereinbarungen zu informieren.

Im Falle eines Verstoßes stellt der Auftraggeber den steuerlichen Berater von Ansprüchen Dritter frei.

(3) Sofern die Voraussetzungen einer Auftragsverarbeitung (Art. 28 DSGVO) vorliegen, schließen die Vertragspartner einen gesonderten Vertrag zur Auftragsverarbeitung. Im Falle von Widersprüchen zwischen diesem Vertrag und der Vereinbarung über die Auftragsverarbeitung geht Letztere Ersterem vor.

Im Falle der Auftragsverarbeitung gelten die folgenden Bestimmungen:

1. Der steuerliche Berater verarbeitet personenbezogene Daten nur auf dokumentierte Weisung des Auftraggebers. Der Auftraggeber ist im Rahmen dieser Auftragsverarbeitung für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen der Datenschutzgesetze, insbesondere für die Rechtmäßigkeit der Datenweitergabe an den steuerlichen Berater, sowie für die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung allein verantwortlich (»Verantwortlicher« im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DS-GVO).

2. Den steuerlichen Berater treffen im Rahmen der Auftragsverarbeitung die folgenden Pflichten:

a. Der steuerliche Berater wird in seinem Verantwortungsbereich die innerbetriebliche Organisation so gestalten, dass sie den besonderen Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird. Er wird technische und organisatorische Maßnahmen zum angemessenen Schutz der Daten des Auftraggebers treffen, die den Anforderungen der Datenschutz--Grundverordnung (Art. 32 DS-GVO) genügen. Der steuerliche Berater hat technische und organisatorische Maßnahmen zu treffen, die die Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit und Belastbarkeit der Systeme und Dienste im Zusammenhang mit der Verarbeitung auf Dauer sicherstellen. Der Auftraggeber trägt die Verantwortung dafür, dass diese für die Risiken der zu verarbeitenden Daten ein angemessenes Schutzniveau bieten. Der steuerliche Berater gewährleistet, ein

Verfahren zur regelmäßigen Überprüfung der Wirksamkeit der technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Verarbeitung einzusetzen (Art. 32 Abs. 1 lit. d) DS-GVO).

b. Der steuerliche Berater gewährleistet, dass es den mit der Verarbeitung der Daten des Auftraggebers befassten Mitarbeiter und andere für den steuerlichen Berater tätigen Personen untersagt ist, die Daten außerhalb der Weisung zu verarbeiten. Ferner gewährleistet der steuerliche Berater, dass sich die zur Verarbeitung der personenbezogenen Daten befugten Personen zur Vertraulichkeit verpflichtet haben oder einer angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen. Die Vertraulichkeits-/ Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort.

c. Der steuerliche Berater nennt dem Auftraggeber einen Ansprechpartner für im Rahmen des Vertrages anfallende Datenschutzfragen.

d. Nach Ende des Vertragsverhältnisses kann der Auftraggeber die Übergabe der vertragsgegenständlichen Daten verlangen. Vergütung und Schutzmaßnahmen hierzu sind gesondert zu vereinbaren, sofern nicht im Vertrag bereits vereinbart.

e. Im Falle einer Inanspruchnahme des Auftraggebers durch eine betroffene Person hinsichtlich etwaiger Ansprüche nach Art. 82 DS-GVO, verpflichtet sich der steuerliche Berater den Auftraggeber bei der Abwehr des Anspruches im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen.

3. Den Auftraggeber treffen im Rahmen der Auftragsverarbeitung die folgenden Pflichten:

a. Der Auftraggeber hat den steuerlichen Berater unverzüglich und vollständig zu informieren, wenn er in den Auftragsergebnissen Fehler oder Unregelmäßigkeiten bzgl. datenschutzrechtlicher Bestimmungen feststellt.

b. Im Falle einer Inanspruchnahme des Auftraggebers durch eine betroffene Person hinsichtlich etwaiger Ansprüche nach Art. 82 DS-GVO, gilt § 7 Abs. 3 Nr. 2e entsprechend.

c. Der Auftraggeber nennt dem steuerlichen Berater den Ansprechpartner für im Rahmen des Vertrages anfallende Datenschutzfragen.

4. Wendet sich eine betroffene Person mit Forderungen zur Berichtigung Löschung oder Auskunft an den steuerlichen Berater, wird der steuerliche Berater die betroffene Person an den Auftraggeber verweisen, sofern eine Zuordnung an den Auftraggeber nach Angaben der betroffenen Person möglich ist und leitet den Antrag der betroffenen Person unverzüglich an den Auftraggeber weiter. Der steuerliche Berater haftet nicht, wenn das Ersuchen der betroffenen Person vom Auftraggeber nicht, nicht richtig oder nicht fristgerecht beantwortet wird.

5. Der steuerliche Berater weist dem Auftraggeber die Einhaltung der in diesem Vertrag niedergelegten Pflichten mit geeigneten Mitteln nach.

6. Sollten im Einzelfall Inspektionen durch den Auftraggeber oder einen von diesem beauftragten Prüfer erforderlich sein, werden diese zu den üblichen Geschäftszeiten ohne Störung des Betriebsablaufs nach Anmeldung unter Berücksichtigung einer angemessenen Vorlaufzeit durchgeführt. Der steuerliche Berater darf diese von der vorherigen Anmeldung mit angemessener Vorlaufzeit und von der Unterzeichnung einer Verschwiegenheitserklärung hinsichtlich der Daten anderer Kunden und der eingerichteten technischen und organisatorischen Maßnahmen abhängig machen. Sollte der durch den Auftraggeber beauftragte Prüfer in einem Wettbewerbsverhältnis zu dem steuerlichen Berater stehen, hat der steuerliche Berater gegen diesen ein Einspruchsrecht.

Für die Unterstützung bei der Durchführung einer Inspektion darf der steuerliche Berater eine Vergütung verlangen, wenn dies zuvor vereinbart ist. Der Aufwand einer Inspektion ist für den steuerlichen Berater grundsätzlich auf einen Tag pro Kalenderjahr begrenzt.

Freckenhorst, .....

.....  
(Unterschrift Mandant) (bei Eheleuten von beiden zu unterschreiben)

Freckenhorst, .....

.....  
(Frese & Westmeier Steuerberater PartG mbB)